JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH“



BANK-KONTO:
SCHWEIZER. KREDITANSTALT

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 2 | 20. Dezember 1918 | 17 Tebeth 5679 | Preis 20 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Die Lemberger Parte.

וכל בני ישראל יבכו את השרפה!

על האסון הגדול והנורא אשר קרה את כל בני ישראל שנהרגו ונשרפו ונחנקו על

קדוש השם

בימי הפרעות בלבוב, על לא חמס בכפיהם, ומי יוכל למנות מספרם, אבל ומספד גדול ליהודים.

על שרפת התורה הקדושה, והורבן בתי כנסת ובתי מדרשות ע״י בני עולה, יבכה כל בית ישראל.

לוית ספרי התורה תהי׳ ביום החמישי כ״ד כסלו ה׳ תרע״ט בשעה 9 בבוקר מביהכ״נ הגדולה ברחוב באזניצא. לוית הנהרגים הקדושים תהי׳ ביום הנ״ל בשעה 10 בבוקר מבית מועד לכל חי (צערעמאניען האללע).

כנסת העמי.

Ein Fragezeichen.

(J.P.Z.) (*) Polnische und auch andere Blätter belieben von „angeblichen“ Pogromen zu sprechen. Auch schmücken sie ihre Berichte über die unerhörten galizischen Metzeleien mit einem fröhlichen Fragezeichen. Ueber Blut und Elend, Not und Grauen reckt sich skeptisch dieses ironische Fragezeichen!

Die Judenheit der ganzen Welt erfüllt heute tiefste Trauer. In den Tagen, da das grosse Blutvergiessen eines verbrecherischen Krieges zu Ende ging, schritt man in dem befreiten Polen an das Morden wehrloser Juden, Frauen und Kinder. Gleichsam um den Beweis zu erbringen, dass förderhin keine fremde Militärmacht mehr nötig sei, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wie um aller Welt zu zeigen, dass der neue polnische Staat in den Jahrhunderten seiner Sklaverei kulturelle Reife und Würde erworben, liess man alle zügellosen Mächte der Anarchie auf die unschuldige, ewig unschuldige und ewig geopferte jüdische Bevölkerung los. In ihren Häusern und Synagogen erschoss und verbrannte man sie und den flehenden, vor Schmerz aufbrüllenden Müttern entriss man die wimmernden, totgeweihten Säuglinge. Nie endete ein Krieg schmachvoller, nie entstand eine Volksfreiheit unwürdiger, als in diesen Tagen, da wiederum jüdisches Blut in Strömen floss. Die Welt flammt auf in Entrüstung. Edle Christen erheben zu Tausenden ihre mahnende, empörte Stimme. Sie rufen zur Vernunft, sie fordern Sühne. Die Welt erwartet, dass ein grosses Wahrzeichen errichtet werde, das für immer das blutige Unrecht kündet, ein Denkmal für die ermordeten Glaubensmärtyrer, ein Sühnezeichen am Eingang einer neuen Zeit.

Und siehe! Auf den frischen Gräbern der unschuldig Ermordeten, errichten, nur politischen Tendenzen nachjagende Zeitgenossen, das verächtliche Fragezeichen ihrer Herzlosigkeit! Als letzter Gruss den Kindesleichen von Lemberg nur ein Fragezeichen? Als letzte Erinnerung an die zerstörten Heimstätten und Bethäuser nichts als ein Fragezeichen? Kein anderes Bekenntnis, kein anderer Trost für die Hingeschlachteten als dieses Fragezeichen?

Die stummen Leichen bedürfen keiner Bestätigung ihres Todes. Sie liegen nun da in der kühlen Erde, die im Lauf der Jahrhunderte schon Hunderttausende ihrer verfolgten Volks- und Glaubensgenossen aufgenommen hat. Kein hartes „angeblich“, kein kühler Skeptizismus kann es ungeschehen machen, dass sie schmählich ermordet und hingeschlachtet wurden. Aber jene, die mit bewaffneter Hand unschuldige Menschen niedermetzelten, dürfen jetzt im Schutze des Fragezeichens, das man ihnen hilfreich herüberreicht, neue Verbrechen ersinnen und neue Mordtaten begehen.

Wieviel Blut muss noch fliessen, damit der billige Zweifel, damit das kaltblütige Ableugnen, damit das achselzuckende Fragen entsetzliche Gewissheit wird?

Wenn es etwas noch Empörenderes gibt als die Pogrome selbst, so sind es die *Fragezeichen*, die man auf den Gräbern der Opfer aufpflanzt. Und wenn die Juden alles vergessen können, was ihnen an Ungeheuerem

geschah, so werden sie unaufhörlich an jene skeptischen Zeichen unerhörter Gleichgiltigkeit und ungerührter Herzlosigkeit denken müssen, jene Symbole des ewigen jüdischen Martyriums, jene Schutzmarke aller ungestraften Unmenschlichkeit.

Pogrome in Polen und Galizien.

„Zeitungsstimmen."

(J.P.Z.) (5/12) Die Pogrome haben der polnischen Sache in den Augen der zivilisierten Welt starken Abbruch getan. Die Sympathie für die polnischen nationalen Aspirationen, die das Volk der Jagiellonen allenthalben genoss, hat in der ganzen demokratischen Welt eine merkliche Abkühlung erfahren. Um dies festzustellen, braucht man nur einen Blick in die Weltpresse zu tun.

Von den **englischen** Zeitungen schreiben:

„Manchester Guardian“ vom 30. Nov.: „Wir hofften, dass die neue demokratische Regierung, die den reaktionären Regentschaftsrat ersetzte, der antisemitischen Politik und den Judenpogromen, welche die polnische Politik der letzten Jahre und insbesondere während des Krieges in Misskredit brachte, ein Ende setzen wird. Aber die neue Regierung hat entweder nicht den Willen oder nicht die Autorität, diese barbarischen Grausamkeiten zu verhindern.“

„Times“ vom 2. Dez. betont: „Nichts würde der polnischen Sache in den Augen der zivilisierten Welt grösseren Schaden zufügen, als irgend ein Versuch systematischer Gewalt gegenüber den Juden.“

Noch schärfer drücken sich die **deutschen** Blätter aller Parteirichtungen aus:

„Deutsche Zeitung“ vom 28. Nov.: „Die Polen verfahren ganz nach russischem Muster. Erst werden die Pogrome inszeniert, nachher wird natürlich abgeleugnet, dass die Polen die Täter gewesen sind. Dabei ist es — auch in Warschau haben ja Pogrome stattgefunden — aller Welt bekannt, dass die Polen die Juden mit wütendem Hass verfolgen, und dass Pogrome in Polen an der Tagesordnung sind.“

„Schwäbische Tagwacht“ vom 26. Nov.: „Die Polen haben augenscheinlich die Absicht, durch Pogrome nach dem Muster des verflossenen, zaristischen Russland ihre kulturelle Reife und ihre Achtung vor der Freiheit anderer zu erweisen.“

„Berliner Tageblatt“ vom 28. Nov.: „Es ist höchste Zeit, dass die ganze zivilisierte Welt alarmiert werde und einschreite. Es handelt sich hier nicht mehr um Interessen Deutschlands oder der Entente, sondern um Menschheitsinteressen.“

Von den führenden **schweizerischen** Blättern äussert sich die *„National-Zeitung“* vom 28. November folgendermassen:

„Der vorher schon angekündigte grosse Pogrom, mit dem die nationalistischen Parteien bereits lange spielten, bedeutet die denkbar schwerste Enttäuschung für alle Freunde des polnischen Volkes und gibt jenen Recht, die es für unfähig zur Freiheit erklären, die es schon einmal durch Verkommenheit, Anarchie, Parteisucht, Grossmannssucht und Grausamkeit verloren hat.“

Gleiche Stimmen finden sich in der Provinz, von denen hier nur folgende angeführt seien:

„Glarner Nachrichten“ vom 30. Nov.: „Das neue Polen hat sich durch die Judenpogrome in Lemberg sehr schlecht eingeführt.“

„Nachrichten vom Zürichsee“ vom 30. Nov. schliessen ihre Betrachtungen über die Judenverfolgungen in Galizien mit den Worten: „Wie man sieht, verstehen noch nicht alle befreiten Völker, von ihrer Freiheit einen anständigen Gebrauch zu machen.“

Auch einige **französische** Zeitungsstimmen zeigen, dass die Sympathien für Polen selbst im Lande der traditionellen Polenfreundschaft im Sinken begriffen sind.

„Humanité“ vom 1. Dezember verlangt, dass die französische Regierung den Bitten der polnischen Juden, die Entente möge in Polen einschreiten, Folge leisten soll, und fragt, warum eine solche Démarche nicht schon unternommen wurde.

Nicht minder ist sich der Grossteil der führenden europäischen Presse über die *national-politischen* Beweggründe der Pogrome im Klaren.

‚Manchester Guardian“ erklärt in dem oben zitierten Leitartikel: „Der polnische Nationalismus gebärdet sich am wildesten in Galizien, weil dort die Polen die nationalen Rechte der anderen Nationen, der Ruthenen sowohl, wie die der Juden mit Füssen zu treten suchen und hoffen durch Metzeleien und Terrorismus sie davon abzuhalten, ihre Rechte zu fordern.“

Die *„Schweizer Freie Presse“* vom 30. Nov. kommentiert das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie es die Polen auffassen, mit folgenden Worten: „Polen hat in seinem fanatischen Nationalismus Judenpogrome in grossem Stille, die an die grausamsten Christenverfolgungen mahnen, in Szene gesetzt. Alles nur um dem „Selbstbestimmungsrecht“ nachzukommen, um eine missliebige Minorität aus der Welt zu schaffen. Eine wahnwitzige, blutige, tierische Gleichmacherei, eine Kopie der ehemaligen Russifizierung.

Auch das *„Berliner Tageblatt“*, das bisher die jüdisch-polnischen Gegensätze zu verschleiern suchte, stellt die Tatsache fest, dass die Pogrome einen planmässigen Versuch der polnischen Regierung darstellen, die Juden zur Aufgabe ihrer nationalen Aspirationen zu zwingen, indem es im Leitartikel vom 28. Nov. sagt:

„Es wäre jedoch ein Irrtum, wollte man sie allein durch konfessionelle Gegensätze erklären. Zwar spielt dabei die alte religiöse Hetze seitens der polnische Geistlichkeit eine nicht unwesentliche Rolle, wie aus den Warschauer Pogromaufrufen vom 13. Nov. unzweideutig hervorgeht. Aber, wie übrigens alle Ostjudenfragen, ist auch die der Pogrome in Polen und Galizien eine

Nationalitätenfrage: es ist der Versuch, eine starke nationale Minderheit, die ihre Rechte als Minderheit geltend machen möchte, gewaltsam zu unterdrücken."

Aus diesem Grunde finden die polnischen Beschwichtigungs-und Entstellungsversuche keinen Glauben, umsomehr, als die sich völlig widersprechenden Dementis polnischer Agenturen auch jedem Fernstehenden sofort die Unwahrheit dieser Dementis vor Augen führen.

Dies ist jedenfalls bei dem Grossteil der neutralen Presse der Fall. So bei den *holländischen* und *skandinavischen* Blättern beider Orientierung: sowohl im *„Telegraaf"* wie im *„Nieuwe Rotterdamsche Courant"* und ebenso im Brantingschen *„Socialdemokraten"* wie in der konservativen Presse.

Auch die *deutschschweizerischen* Zeitungen schätzen die Dementis richtig ein. So zum Beispiel *„Bund"*, *„National-Zeitung"* u. s. w. Das *„Berner Intelligenzblatt"* vom 2. Dez. bringt die berüchtigte Notiz des polnischen Pressbüros unter der bezeichnenden Ueberschrift „Die Ausrede für die Gewaltakte an den Lemberger Juden". Die *„Neue Aargauer Zeitung"* vom 30. Nov. überschreibt es mit den Worten: „Das junge Polen befleckt seine Ehre."

Gegenüberstellend seien die *westschweizerischen* Blätter erwähnt, die diesen Dementis blindlings Glauben schenken, während selbst die Pariser *„Victoire"*, die früher die Pogrome als deutsche Mache ansah, jetzt diese Dementis in Zweifel zieht. Sie bezeichnet dieselben in ihrer Nummer vom 30. Nov. als „ungenügend".

Es ist daher von dem Wahrheits- und Gerechtigkeitsgefühl der welschen Presse zu erhoffen, dass auch sie, überzeugt durch das nunmehr vorliegende, erdrückende Tatsachenmaterial, nicht mehr die bedauerlichen Pogromnachrichten mit „Le chantage des pogroms" und ähnlichen Ueberschriften versehen wird.

Endlich müssten die polnischen Machthaber einsehen, dass sie nicht durch unmenschliche Grausamkeiten gegenüber der wehrlosen jüdischen Bevölkerung ihre nationalen Aspirationen zur Erfüllung bringen werden und dass deren Ableugnung sie in der ganzen Welt in Misskredit bringt. Das Blut der hingemordeten jüdischen Opfer wird zu der Flut anschwellen, die nicht nur den polnischen imperialistischen Gelüsten nach Gebieten, die von anderen Nationalitäten bewohnt sind, eine Schranke setzen wird, sondern auch die polnische Selbstständigkeit bedrohen könnte.

Man kann daher den Polen nur die Worte zu Bewusstsein führen mit denen der vielbeachtete schon oben zitierte Leitartikel in der „National-Zeitung„ schliesst: „Polen kann wieder verloren sein, wenn es die blutige Schande seines grossen Judenmordes in Galizien nicht sofort von seiner Ehre abwäscht und seine Schuld aufrecht erkennt und sühnt, statt sie verschlagen und verächtlich *zu beschönigen und abzuleugnen.*"

Eine polnische Stimme.

(J.P.Z.) Das Organ der P.P.S. (polnischen sozialistischen Partei) „Robotnik" veröffentlich am 6. Dezember folgenden Leitartikel von *Andrzej Strug:* „Erst heute habe ich aus sicherer Quelle erfahren, dass in Lemberg schon jetzt 960 Opfer des Pogroms beerdigt wurden. Die übrigen befinden sich unter den Ruinen der niedergebrannten Häuser.

Ich habe viele Einzelheiten über diese Metzelei erfahren, die man mir still ins Ohr erzählt hat, mit Scham, mit Zittern und Schreck. Erst heute ist mir dies alles bekannt worden, mir, der in der Residenz des Landes wohnt, sich zwischen Menschen bewegt und die polnischen Zeitungen liest. Ein Schaudern erfasst mich, wenn ich über die Zahl der Ermordeten lese und über die Zahl der Häuser, welche zusammen mit ihren Einwohnern eingeäschert wurden. Aber das Niederträchtigste ist die Tatsache, dass die polnische Oeffentlichkeit davon nichts weiss. Ist das Scham vor unserem eigenen Gewissen? Ist das eine besondere Art grausamer Gleichgiltigkeit? Oder Scham vor der Welt, vor Europa? Aber Europa und die ganze zivilisierte Welt weiss schon längst was in Lemberg geschah. Die national-jüdischen Agenturen haben längst schon die grausame Nachricht in der Oeffentlichkeit verbreitet, sie klagen Polen an, fordern zur Rache auf und verlangen, dass man den Ausschreitungen Einhalt gebiete. Die national-jüdischen Agenturen haben immer falsch und mit Uebertreibungen über die Verfolgungen der Juden in Polen informiert. Wir haben uns darüber gewundert, und ihre Unzufriedenheit mit uns hat bei uns böses Blut gemacht. —

Aber jetzt melden die jüdischen Agenturen die reine Wahrheit!

960 Ermordete — das ist ein Argument, das wie ein Hammerschlag die Sinne betäubt, das ist eine niederdrückende Tatsache und Tausende von Ausreden können dagegen nicht aufkommen.

Banditen?! Räuber?! Es scheint zu viel dieser Räuber zu geben! — Verbrecher, die aus dem Gefängnisse durch die Ruthenen herausgelassen wurden? — Zu lange liess man zu, dass sie ihre Taten ausführen! Der Anteil der Juden am Kampfe gegen die Polen? — Man sollte mit ihnen kämpfen wie man mit Soldaten kämpft! Und doch, die jüdische Bevölkerung eines ganzen jüdischen Viertels ist das Opfer.

Wir wissen die ganze Wahrheit nicht. In Lemberg ist eine grausame Niedertracht geschehen. Den Ermordeten trauert die ganze jüdische Welt nach. Auch wir Polen müssen noch schwärzere Trauerzeichen anlegen, denn dieser Massenmord ist in einer Stadt geschehen, deren wir uns als einer „polnischen" rühmen . . .

Ich rufe der Heldenjugend und den Soldaten, den Verteidigern Lemberg's zu, die Wahrheit zu sagen. Ich rufe es ihnen zu, als ein Mann, der selbst, solange sein Gesundheitszustand es ihm erlaubte, polnischer Soldat in diesem Kriege war . . .

Pichon über die Pogrome in Galizien.

(J.P.Z.) In Beantwortung einer Interpellation des Deputierten Moutet in der französischen Kammer führte

der Minister des Aeussern Pichon folgendes aus: „Die Nachrichten, die über diese bedauerlichen Vorkommnisse eingelaufen sind, sind widersprechend, sowohl was den Umfang der Ausschreitungen als auch deren Ursache und Urheber anbelangt und im allgemeinen scheint es, dass die Verantwortlichkeit für die Ausschreitungen hauptsächlich folgenden Ursachen zuzuschreiben sei:

1) Den deutschen und russischen Kriegsgefangenen, welche das Land durchströmen, um sich nach ihrer Heimat zu begeben, die alles auf ihrem Durchmarsch zerstören und die eingesessene Bevölkerung ohne Unterschied der Rasse und der Religion angreifen.

2) Dem Bürgerkrieg, der zwischen den Polen und Ruthenen in Galizien herrscht und

3) Der Agitation der aus Russland gesandten bolschewistischen Agenten.

Die Regierung, deren Gefühle, in Bezug auf diese traurigen Angelegenheiten nicht zweifelhaft sein können und die sich in ihren Schritten immer durch ihre tratitionelle Gerechtigkeit und Humanität der jüdischen Bevölkerung gegenüber leiten lassen wird, wird alles tun, um derartige Ausschreitungen zu verhindern und nötigenfalls zu unterdrücken.

Hierzu bemerkt die Pariser „Humanité“:

„Da wir nicht den Informationsapparat des Ministeriums des Aeussern besitzen, wollen wir den Erklärungen, über die Veranlassung zu den Pogromen die von Pichon gegeben wurden, nicht widersprechen, wie verdächtig sie uns auch erscheinen. Wir fragen uns nur, ob die polnischen Berater des Ministeriums des Aeussern, welche in Polen den traurigen Ruf antisemitischer Agitatoren gelassen haben, wirklich qualifiziert sind, um unsere Regierung in ihrer Enquete, die sie zu veranstalten ankündigt, zu beraten.

Verhaftung jüdischer Führer in Galizien.

(J.P.Z.) Laut Mitteilung des Krakauer „Nowy Dziennik“ wurden die Lemberger jüdischen Führer Dr. Leon Reich, Dr. Michal Ringel, Dr. Alexander Hausmann und der Redakteur der Lemberger jüdischen Zeitung „Tagblatt“, Tennenblatt von den Polen interniert und nach Przemysl transportiert.

Der Pogrom in Wladimir Wolynski.

(J.P.Z) Ueber einen furchtbaren Pogrom, in dem eben von Polen eroberten Wladimir-Wolynski meldet das Warschauer Organ der linken P.P.S.: Nach dem blutigen Lemberger Pogrom hat ein noch ärgerer Pogrom in Wladimir-Wolynski stattgefunden. Nach Mitteilung, die durch Vertrauensmänner überbracht wurden, wurden in Wladimir-Wolynski die Häuser mit Petroleum angezündet, Bei den Ausschreitungen nahmen Soldaten teil, die überzeugt waren, dass der Pogrom auf Befehl oder mit Zustimmung des Kommandos stattfinde.

Chronik.

Friedenskongress.

Ukraine.

Die Forderung der ukrainischen Judenheit.

(J.P.Z.) Der jüdische Kongress in der Ukraine hat beschlossen, dem Friedenskongress folgende Forderungen zu unterbreiten:

„Die provisorische jüdische Nationalversammlung in der Ukraine fordert:

a) die Anerkennung des jüdischen Volkes als *einheitliche Nation;*

b) die Aufnahme des *jüdischen Volkes* als gleichberechtigtes *Mitglied* in den *Völkerbund;*

c) Völkerrechtliche Garantie für alle Voraussetzungen, die für die Wiederherstellung des politischen Zentrums des jüdischen Volkes in seiner historischen Heimat, in *Palästina,* notwendig sind;

d) Verbürgung — durch Konstitution und internationales Recht — der *bürgerlichen und nationalen Rechte* der Juden in allen Ländern;

e) Gewährung der *national-personalen Autonomie* in allen Ländern, in denen Juden in grossen Massen wohnen, und überall, wo die jüdische Bevölkerung dieses Recht beansprucht.

Die nationale jüdische Bevölkerung fordert die *Zulassung der Vertreter des jüdischen Volkes zum Friedenskongress* zwecks Wahrung der jüdischen Interessen.“

England.

Zionistische Palästina-Forderungen.

(J. P. Z.) Aus London wird gemeldet:

In der am 8. Dezember in London stattgefundenen Versammlung formulierte der Präsident der englischen Zionisten-Förderation, Dr. Weizmann, folgende Palästina-Forderungen für die Friedenskonferenz: Anerkennung der historischen und nationalen Rechte des jüdischen Volkes auf Palästina. Unterstellung Palästinas unter Sachwalterschaft (Trusteeship) Englands bis die Juden fähig sein werden, eine eigene Regierung zu bilden. Führung aller öffentlichen Unternehmungen durch jüdische Organisationen, die an der Landesverwaltung beteiligt sein müssen. Anerkennung des Hebräischen als einer offiziellen Sprache, radikale Agrar-Reform mit Nationalisierung des Bodens zur Verhinderung der Landspekulation.

Amerika.

Der jüdische Kongress.

(J.P.Z.) Das nationale Arbeiterkomitee, das den internationalistisch gesinnten Teil der amerikanisch-jüdischen Arbeiterschaft vereinigt und das bisher gegen den Kongress agitierte, hat seine Stellung letzthin geändert und beschlossen, am Kongress sich zu beteiligen. Hiermit wird der am 15. Dezember zusammengetretene amerikanisch-jüdische Kongress sämtliche Richtungen im amerikanischen Judentum repräsentieren.

Wilson für die Rechte der Juden in Rumänien.

(J.P.Z.) New York, 4. Dezember, Präsident *Wilson* beantwortete einen an ihn von dem Washingtoner Korrespondenten des „American Hebrew" gerichteten Brief, in dem er ihn versicherte, er werde an der Friedenskonferenz den Rechtsfragen der Juden in Rumänien seine volle Aufmerksamkeit schenken.

Appell der amerikanischen Juden an Präsident Wilson.

(J.P.Z.) Laut Kopenhager Zionist. Bureau, haben Richter Julian Mack, Vorsitzender der Zionistichen Organisition und Louis Marshall, Vorsitzender des American Jewish Committee im Namen ihrer Organisationen einen dringenden Appell an Wilson gerichtet, in dem sie ihn ersuchten, den Judenpogromen in Polen und Galizien ein Ende zu machen.

England.

Die Araber und der Judenstaat.

(J.P.Z.) Ueber das Verhältnis des jüdischen Palästinas zu dem Araberstaat bemerkt der Manchester Guardian in seinem Leitartikel anlässlich der Ankunft Emir Feysals, des Vertreters des arabischen Staates, zu der Friedenskonferenz u.a.: Emir Feysal wird seinen Vater, den König von Hedschas an der Konferenz der Alliierten und an der Friedenskonferenz vertreten. Er hofft, die Gründung eines Araberstaates zu erreichen, welcher von Mekka bis Aleppo reichen soll. Diese Aspirationen haben ihn allerdings in einen Konflikt mit den Franzosen gebracht. Seine staatsmännischen Fähigkeiten wird er aber in den Beziehungen zu erweisen haben, die er zum jüdischen Palästina herstellen wird. Er verkennt den ungeheueren Wert der jüdischen Hilfe für die Gründung eines Araberstaates nicht. Es ist augenscheinlich, dass die erste Bedingung für ein solches Zusammenarbeiten darin liegt, dass der neue arabische Staat dem jüdischen Palästina bei der Herstellung der gerechten und natürlichen Grenzen keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Frankreich.

Französische Orthodoxie für Palästina.

(J.P.Z.) Laut Misrachi-Korrespondenz-Bureau ist in Paris vor einigen Monaten eine bedeutende orthodoxnationale Vereinigung entstanden, an deren Spitze Grossrabbiner *Lévy* steht. Die Vereinigung setzt sich u. a. zur Aufgabe, die öffentliche Meinung Frankreichs über die Kolonisationsarbeit Palästinas und die Frage des Judenstaates aufzuklären und sich speziell mit der Förderung der geistigen Interessen der Juden in Palästina zu befassen.

Italien.

(J.P.Z.) Von der „J.P.Z." wird mit Bedauern festgestellt, dass die gesamte italienische Presse die Vorgänge in Polen und Galizien vollständig totschweigt, oder wie „Secolo" und „Stampa" vom 6. Dezember die polnischen Tendenzmeldungen kritiklos abdrucken und die Pogrome als deutsche Mache hinstellen.

Wir hoffen, dass die italienische Presse, die immer für das Nationalitätenproblem so weitgehendes Verständnis gezeigt hat, auch die von den Polen aufs grausamste verfolgten Juden in Schutz nehmen und für die jüdischen nationalen Minoritätsrechte eintreten wird.

Deutschland.

Jüdische Kongressbewegung.

(J.P.Z.) Aus Hamburg wird der „J.P.Z." gemeldet: In Deutschland hat eine lebhafte Bewegung zu Gunsten des jüdischen Kongresses eingesetzt, der u. a. neben der Vertretung allgemeiner jüdisch nationaler Forderungen auch das nationale Bekenntnis für die deutsche Judenheit ablegen soll. In Hamburg und Chemnitz fanden grosse Massen-Meetings statt, die sich für eine baldige Einberufung eines solchen Kongresses aussprachen.

Der Vollzugsrat gegen die antisemitische Propaganda.

(J.P.Z.) Berlin, (Amtl.) 13. Dez. In der letzten Zeit sind in grossem Umfange anonyme Flugblätter verbreitet worden, die in unverhüllter Form zur Judenhetze aufforderten. Die Flugblätter sind nicht ohne Wirkung geblieben. Wie der „Vorwärts" vom 11. Dez. meldet, wurden verschiedentlich Juden und Christen, die durch ihr Aussehen nicht gegen den Verdacht geschützt waren, Juden zu sein, körperlich angegriffen. Wenn diese schamlose Flugblatthetze fortdauert, muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass wir auch in Deutschland die Schmach der Judenpogrome erleben. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats sieht sich daher genötigt, sich aufs schärfste gegen das reaktionäre, antisemistische Treiben zu wenden, das er hiermit öffentlich und vor aller Welt brandmarkt. Der Vollzugsrat appelliert an den gesunden Sinn des deutschen Volkes und ist überzeugt, dass es in seiner überwiegenden Mehrheit der antisemitisch-reaktionären Hetze entgegentreten und keinerlei Judenverfolgungen dulden wird.

15,000 beschäftigungslose jüdische Arbeiter in Berlin.

(J.P.Z.) (Drahtmeldung der „J. P. Z.") Das jüdische Arbeitsamt in Berlin berichtet, dass dort 15,000 jüdische Arbeiter als beschäftigungslos gemeldet wurden.

Galizien.

(J.P.Z.) Der Wiener J. G. Korrespondenz teilt der J.P.Z. mit: Die „Jüdische Korrespondenz" Wien vom 5. Dezember bringt einen scharfen Protest der bekannten, polenfreundlichen Assimilantenkreisen angehörenden, jüdischen Abgeordneten *Löwenstein* und *Steinhaus* des Inhalts, dass Ableugnung der Pogrome zwecklos sei.

Vielmehr würde der polnischen Nation eine strenge Verdammung der Ausschreitungen besser anstehen. Die polnische Regierung müsste die entfesselten Elemente zügeln und weitere Greueltaten mit aller Energie verhindern. Die Schuld an den Untaten treffe nicht nur diejenigen, die durch ihr aufreizendes Verhalten zu der Entfesselung der niedrigen Leidenschaften beigetragen hätten, sondern auch die jahrelangen systematischen Verhetzer. Die Schuldigen sollten offensichtlicher Ächtung verfallen.

Holland.

(J.P.Z.) (Drahtmeldung der „J.P.Z.) Das Haager Rabbinat hat als Zeichen schmerzlicher Trauer für die galizischen Pogrome einen Fasttag ausgeschrieben.

Tschecho-Slovakischer Staat.

Anschluss der Orthodoxie an den Jüdischen Nationalrat.

(J.P.Z.) Aus Brünn wird uns berichtet: In Prag fand eine Versammlung des Vereins jüdischer Orthodoxen Böhmens „Sinai" statt, auf der einstimmig beschlossen wurde die Entsendung von Vertretern in den Jüdischen Nationalrat zu billigen, dessen Programm anzuerkennen und den Verein auf jüdisch-nationale Basis zu stellen.

Ausweisung aller jüdischen Flüchtlinge aus Prag.

(J.P.Z.) Die „Wiener Morgenzeitung" berichtet: In einer Sitzung der Krakauer Kultusgemeinde teilt Vizepräsident *Dr. Landau* bezüglich der von der tschechischen Regierung vorgenommenen Ausweisung der galizischen Flüchtlinge folgendes mit: Trotz flehentlicher Bitten ist es nicht gelungen, die Rückgängigmachung der Ausweisung oder zumindest Fristerstreckung bis zum Abschluss der polnisch-ukrainischen Kämpfe zu erlangen. Die Lage ist entsetzlich. Die Flüchtlinge langen in Viehwagen eingepfercht in Krakau an. Hier wollen sie die Wagen nicht verlassen aus Furcht, ihre letzte, mit so viel Mühe und Not gerettete Habe auch noch zu verlieren. Erst nach langer Ueberredung und Drohung die Wagen aufs freie Feld abzuschieben, gelang es sie zum Verlassen der Wagen zu bewegen. Sie kampieren in freigemachten Synagogen. Es war gelungen wenigstens einen Transport weiter nach Osten abzufertigen, aber in der Nähe von Tarnow überfielen Bahnarbeiter den Zug, plünderten ihn total aus und schoben die, ihrer letzten Habe beraubten Flüchtlinge wieder nach Krakau ab.

(J. P. Z.) Vom jüdischen Pressbüro, Wien wird soeben gemeldet: Die Tschecho-Slowakische-Regierung hat die Ausweisung der Flüchtlinge, deren letzter Transport am 15. Dez. hätte abgehen sollen, rückgängig gemacht. Wegen Wohnungsmangel in Prag werden ihnen andere Wohnsitze angewiesen. Unterstützung wird ihnen weiter ausgezahlt, die dann mit dem West-Ukrainischen Staat verrechnet wird.

Pogrome in Mähren und Böhmen.

(J. P. Z.) Es fanden Ausschreitungen gegen die Juden statt, in *Holleschau, Lundenburg, Mährisch-Ostrau, Oderfurt, Marienberg, Gross-Karlowitz, Prag* u. a. Orten. Die Bewegung in Böhmen richtete sich in erster Reihe gegen die Deutschen, wobei aber vielfach gegen die Juden, die zum Deutschtum halten, auch vorgegangen wird.

Ungarn.

Offizielle Erklärung der ungarischen Regierung bezüglich Palästinas.

(J.P.Z.) (Drahtmeldung der „J.P.Z."). Ministerpräsident Graf *Karolyi* und Kultusminister *Lovaszy* erklärten offiziell den Vertretern der ungarländischen Zionisten und des Palästina-Zentral-Hilfskomitees, dass die neue ungarische Volksrepublik die Bestrebungen der Juden in Palästina auf diplomatischem und sonst möglichem Wege unterstützen werde, wobei sie bemerkten, dass sie es nur mit grösstem Bedauern sehen würden, wenn auch ungarische Juden — denen Ungarn soviel verdankt — in Massen ihr Domizil nach Palästina verlegen würden.

Nationale Autonomie für die ungarischen Juden.

(J.P.Z.) Drahtmeldung der „J.P.Z.".) In der ungarländisch-jüdischen Landesversammlung erklärte Ackerbauminister *Buza* in Vertretung der Regierung, dass die ungarische Volksregierung es nicht nur nicht hindern, sondern gerne sehen würde, wenn die Juden in Ungarn sich auf nationaler Basis organisieren wollen, zumal die ungarische Regierung den Standpunkt vertritt, dass sämtliche Nationalitäten Ungarns weitgehendste Autonomie geniessen sollen, demnach liege nichts dagegen vor, dass sich auch die Juden als *Nation* deklarieren.

Die ungarische Orthodoxie für die Kolonisation Palästinas.

(J.P.Z.) Der Budapester Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Am 8. Dez. fand in Budapest eine Konferenz dsr Mitglieder der orth. isr. Gemeinde statt, in der einstimmig beschlossen wurde, die Kolonisation Palästinas zu fördern und mit allen Mitteln dafür einzutreten, dass sie auf religiöser Basis erfolge.

Liga zum Schutz der ungarländischen Juden.

(J.P.Z.) Drahtmeldung der „J.P.Z." In Budapest wurde eine Liga zum Schutze der ungarländischen Juden gegründet. Eine eingebrachte Motion lautet: Pflicht aller ungarländischen Juden ist, mit aller Energie an dem Aufbau Palästinas mitzuwirken, damit den verfolgten Juden eine gesicherte Heimstätte geschaffen werde.

Polen.

Forderungen der polnischen Judenheit.

(J.P.Z.) Aus Warschau wird gemeldet: Eine jüdische Deputation, bestehend aus Dr. Braun, Vertreter der Kielzer Gemeinde, Zionistenführer Dr. Grünbaum und Stadtrat Schereschewsky überreichte dem Ministerpräsidenten Moraczewski ein Memorandum folgender jüdischen Forderungen: Die vollständige Demokratisierung des polnischen Staates; die Anerkennung der 3 Millionen Juden in den polnischen Ländern als eine nationale Minorität; gesetzlich garantierte Autonomie auf Grundlage des Personalitätsprinzips; eine proportionale Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften; die Erlaubnis für die Einberufung eines Kongresses der polnischen Juden, dessen Mitglieder auf eine demokratische Art gewählt werden sollen.

Polnischer Antisemitismus.

(J.P.Z.) Laut der Warschauer jüdischen Zeitung „Der Moment" hat die Unterstützungskommission des Warschauer Magistrats beschlossen, die früher bewilligten 45,000 Mark für den jüdischen Bildungsverein nicht mehr auszuzahlen und der jüdischen Gemeindeverwaltung statt 360,000 Mark nur 100,000 Mark zu bewilligen.

Baltikum.

Jüdischer Nationalrat.

(J.P.Z.) In Riga hat sich nach der Proklamierung des lettischen Staates ein provisorischer jüdischer *Nationalrat* und ein jüd. nationaler *Selbstschutz* gebildet.

Litauen.

Kampf der Rabbiner gegen den Lebensmittelwucher.

(J.P.Z.) Aus Wilna wird der „J.P.Z." geschrieben: In mehreren Städten Litauens, wie in Kowno, Grodno und Suwalki haben die Rabbiner in feierlichem Gottesdienste den Cherem Chomur (strengen Bann) auf die Lebensmittelwucherer verhängt. Der Bann bleibt in Kraft bis zur nächsten Ernte und erstreckt sich auf alle Handlungen und Massnahmen, durch die die Teuerung gesteigert werde, sei es Schmuggel, Spekulation oder geheime Schnapsbrennerei und Seifenherstellung. In ihren Predigten geisselten sie scharf das Verhalten der Reichen, die für sich den Braten nehmen und den Armen nur die Bitternis übrig lassen.

Wirtschaftliches.

Palästina.

Wirtschaftliche Aussichten Palästinas.

Englische Pressestimmen.

(J.P.Z.) Der Londoner „Economist" veröffentlicht einen längeren bemerkenswerten Leitartikel über die wirtschaftliche Zukunft Palästinas, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Palästina ist eine der wenigen Provinzen des türkischen Reiches, die mit Nachdruck und Erfolg wirtschaftliche Kräfte entfaltet hat. Das tritt bei einem Vergleich zwischen dem Wert des türkischen Gesamthandels und demjenigen Palästinas wirkungsvoll in Erscheinung. Vor dem Krieg beliefen sich Ein- und Ausfuhr der Türkei auf Lst. 2 auf den Einzelnen. Der Handel Süd-Palästinas allein dagegen, der durch die Häfen von Jaffa und Gaza ging, betrug Lst. 6 pro Kopf. Sowohl Ein- wie Ausfuhr haben sich in den letzten 10 bis 20 Jahren im Werte gehoben. 1886 betrug die Einfuhr Lst. 240.000 und die Ausfuhr Lst. 120.000; 1913: Lst. 1.310.000 und Lst. 750.000. Zwei Hauptursachen haben diesen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt, und zwar einmal der Ausbau des Eisenbahnsystems und andererseits der Charakter der Bevölkerung. Die geographische Lage Palästinas macht es heute sowie vor Zeiten zur Hauptstrasse zwischen Kleinasien, Aegyten und Arabien, und damit erklärt es sich, warum die türkische Regierung mehr Aufmerksamkeit auf Eisenbahnbauten in Palästina als in irgend einer andern Provinz richtete. Aber die bestehenden Linien genügen bei weitem nicht für die Bedürfnisse des Landes; für Eisenbahnbauten in Palästina bieten sich grosse Entwicklungsmöglichkeiten.

Hervorgehoben werden muss, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in der Hauptsache den jüdischen Ansiedlern zu verdanken ist. 45 jüdische Kolonien, mit einer Bevölkerung von etwa 15.000 sind gegründet worden. Diese Leute sind vornehmlich in der Landwirtschaft tätig, und ihr Pionierwerk verheisst gute Aussichten für die Zukunft. Sie haben Sumpfgebiet trockengelegt, die Malaria durch Anpflanzung von Eukalyptusbäumen vertrieben und durch die Einführung wissenschaftlicher Grundsätze bei der Bodenbearbeitung die Erzeugung im grossen Masse gesteigert. Der jährliche Durchschnittsertrag an Brotfrüchten beträgt auf den arabischen Pflanzungen etwa Lst. 1 per acre, in den jüdischen Kolonien über Lst. 2 per acre. In der Tat spart der Jude weder Arbeit noch Kapital oder Gedankenanstrengung bei seinen landwirtschaftlichen Unternehmungen, und gerade das ist zur Wiederherstellung der alten Blüte erforderlich.

Die Aussichten dafür sind ermutigend. Landwirtschaft wird naturgemäss die wichtigste Reichtumsquelle des Landes bleiben und Orangen, Weintrauben, Oliven liefern, von der hervorragenden Gerste ganz zu schweigen. Viehzucht ist gleichfalls in geringem Umfang mit Erfolg versucht worden, und die Erfahrung zeigt, dass die künftigen Aussichten in dieser Richtung gut sind. Die Industrien, die günstiges versprechen, werden ihre Grundlage in der Bodenbearbeitung haben. Die Herstellung von Wein, Branntwein und Rosinen ist nach

Ansicht Sachverständiger einer grossen Entwicklung fähig; die Marmeladenfabrikation hat eine Zukunft in Palästina; die Seifenherstellung wird durch den Oelüberfluss erleichtert werden, und es bestehen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zigarettenindustrie, die sich auf einheimischen Tabak von ausgezeichneter Beschaffenheit wird stützen können. Die Fischerei würde sich ebenfalls vorteilhaft entwickeln lassen ...

... Aller Voraussicht nach wird als Ergebnis des Weltkrieges das Land sich derjenigen politischen Organisation erfreuen, die eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Unter dieser Bedingung sollte Palästina ein Bindeglied zwischen Asien und Afrika, eine Marktstätte zweier Erdteile werden.

Organisation jüdischer Ingenieure für Palästina.

(J.P.Z.) Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich dort unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft zionistischer Ingenieure“ eine Vereinigung von Architekten, Ingenieuren und Chemikern gebildet, die ihre Berufstätigkeit der Palästinabesiedlung nutzbar machen möchten. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft umfasst die Organisation wissenschaftlicher Vorarbeiten, die Begutachtung von Projekten und Berufsberatungen. Folgende Gruppen haben sich schon gebildet: Städte- und Häuserbau, Verkehrsbauten, Landwirtschaftliche und Chemische Industrie, Energieerzeugung und Verteilung.

Bosnien.

(J.P.Z.) Nach der Mitteilung von „Jewish World“ hat sich in Bosnien eine jüdische Bank mit einem Kapital von einer Million Kronen gebildet. Die Bank hat zu ihrem Ziel, den kleinen jüdischen Landbesitzern zu helfen und die jüdischen landwirtschaftlichen Gesellschaften, die sich dort bilden, zu finanzieren.

Presse.

(J.P.Z.) Seit dem Ausbruch der Revolution erscheint in Warschau ein neues Wochenblatt, das *„Jüdische Wort“*, herausgegeben von der Jüdischen Sozialistischen Partei „Poale Zion“.

(J.P.Z.) In Kiew wurde ein *jüdisches Pressbüro* errichtet.

(J.P.Z.) In Wilna ist den orthodoxen Kreisen das Gesuch um Herausgabe einer jüdischen Tageszeitung genehmigt worden, ebenso die Errichtung eines jüdischen Gymnasiums.

Verlags-Notizen.

Schweiz.

(J.P.Z.) ☿ In dem in Zürich neugegründeten Kadimah-Verlag erscheint demnächst eine neue Broschüre von S. Ginsburg unter dem Titel: „Judenstaat oder jüdische Heimstätte?“. Auf Grund der bisherigen Ergebnisse der allgemeinen Kolonisationsgeschichte und unter Berücksichtigung der eigenartigen Existenzbedingungen sowie der Wanderungsverhältnisse der jüdischen Massen sucht der Verfasser einen Weg aufzuzeigen, wie die staatliche Lösung der Judenfrage auf Basis der Tatsachen zu erreichen wäre. Die Ausführungen werden durch entsprechendes statistisches Material in wirksamer Weise gestützt.

Amerika.

(J.P.Z.) ☿ Im Verlage der Kropotkin-Gesellschaft New-York ist in jüdischer Sprache der dritte (letzte) Band von Marx's „Kapital“ erschienen.

(J.P.Z.) ☿ In New-York wurde eine grosse kooperative Verlagsgesellschaft gegründet, mit dem Ziele, die Klassiker und wertvolle Erzeugnisse der Weltliteratur in jüdischer Uebersetzung herauszugeben.

Letzte Telegramme.

(J.P.Z.) Philadelphia, 19. Dez. (Reuter.) Der Kongress der *amerikanischen Jsraeliten* genehmigte eine Resolution zugunsten des jüdischen Staats in *Palästina,* der unter eine Art von Protektorat gestellt werden soll. Der israelitische Kongress beauftragte die israelitische Friedensdelegation, sich die *Anerkennung durch die Friedenskonferenz zu verschaffen.* Er spricht sich ausdrücklich für die Wahrung der religiösen und bürgerlichen Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas aus.

Eine englische Mission nach Polen.

(J.P.Z.) Reuter meldet: Die englische Regierung entsendet nach Polen eine *Spezialmission* zwecks Informierung der Alliierten über die dortigen Verhältnisse. Leiter dieser Mission ist der englische Militärattache in Kopenhagen.

Die Repräsentanz der Entente-Regierungen in Kiew gegen die polnischen Pogrome.

(J.P.Z.) Die Warschauer Zeitung „Der Moment“ berichtet: Nach Kiew ist eine Repräsentanz der Entente-Regierungen gekommen, die unter anderen auch von den Polen begrüsst wurde. Der Vorsitzende dieser Mission antwortete der polnischen Delegation: „Ihre Begrüssung wäre mir viel angenehmer, wenn nicht die letzten Meldungen über die Judenpogrome in Polen vorliegen würden“.

Die Mitteilungen der „J.P.Z.“ erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich